

SPIEGEL: Klimaschutz entscheidet, ob Wirtschaftsstandort Deutschland konkurrenzfähig bleibt



Christian Stöcker, wie John Cook Kognitionspsychologe, derzeit Professor für Digitale Kommunikation an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg HAW, behauptet in einem Artikel, daß Klimaschutz ein Standortvorteil für Deutschlands Wirtschaft sei. Das widerspricht jeder unabhängigen Expertise – wie kommt der Mann darauf?

In erster Linie vertritt ein *Spiegel*-Journalist natürlich die Interessen der nicht-technischen Intelligenz, die auf Umverteilung setzt. Das scheint im neuen Job als Uni-Professor nicht anders zu sein; ein Phänomen, das wir von Potsdamer Profs bereits kennen.

In zweiter Linie übernimmt er die inhaltlichen Behauptungen der Grünen und der Energiewende-Industrie, die für technologische Laien überzeugend klingen mögen, für uns aber nicht. Was sagt er im einzelnen?

1. Die Kohlebranche habe keine Zukunft und hätte mit dem Kohleausstieg 2038 ihre Interessen gegen die Steuerzahler geschützt („absurder klimaschädlicher Kompromiß“). Mitverantwortlich zeichneten „wirtschaftsnahe“ (und naturfeindliche?) Politiker wie Stanislaw Tillich und Armin Laschet.

Belege oder wenigstens Hinweise für seine steile These bleibt Stöcker, nicht unüblich, schuldig. Kein Wort darüber, daß die großen CO₂-Schleudern China und Indien massiv Kohlekraft ausbauen, für die Australien den Brennstoff in großen Mengen liefert. Kein Wort über die mangelnde Zukunftsfähigkeit von Wind- und Solarkraft, die die Kohle ersetzen soll, aber extrem teuer und völlig unbrauchbar für die produzierende deutsche Industrie ist.

2. Die Elektromobilität erzeuge keinen enormen Arbeitsplatzverlust in Deutschland, das sei ein kapitalistischer „Mythos“ und „Quatsch“. Belege oder Hinweise für diese steile These – erneut keine. Daß Zulieferer und Hersteller in Deutschland jetzt schon massiv entlassen, wird nicht erwähnt. Daß deutsche Autobauer ihre Werke verstärkt im für die EU unerreichbaren Ausland errichten – keine Erwähnung. Daß unsere wertschöpfende Industrie auf grundlastfähige, zuverlässige Stromversorgung angewiesen ist, und nicht auf Zappelstrom – keine Erwähnung. Stattdessen werden nur die PR-Sprechblasen der verängstigten Konzernbosse zitiert, die vorneherum grün reden (und handeln), um

Steuergelder abzugreifen und die journalistischen Druckmacher zufriedenzustellen.

3. „Der Verbrennungsmotor stirbt, das steht längst fest.“ Die niedrigen Verkaufszahlen und technischen Details der Stromer werden nicht aufgeführt, selbes Spiel wie oben. Daß E-Autos viel naturschädlicher sind als Verbrenner, wird schlicht geleugnet. Der häufig zitierten Studie dazu wird zwar nicht direkt widersprochen, ihre Aussage aber relativiert. (Tatsächlich werden E-Autos, wenn sie lange genug ohne Akkutauch laufen, CO₂-effizienter.ja, wenn).

Daß Elon Musk mit Tesla nur über Finanz-Spielchen (Klimazertifikate) Milliarden verdient und nicht mit E-Autos, nicht erwähnt. Daß andere E-Automarken nur dank massiver Subvention und gesetzlicher Reglementierung durch den Staat (Steuerzahler) und EU in nennenswerter Zahl abgesetzt werden können, nicht erwähnt.

Ansonsten fällt auf, daß Stöcker häufig die parteipolitische Konkurrenz von R2G+ attackiert – neben Tillich und Laschet auch den „FDP-Erzkapitalisten“ Christian Lindner. Man sieht, das ist ein rein milieu-parteilicher Artikel, der technische Fakten und Zweifel fast vollständig ausklammert. Erwähnte Studien und Vereinbarungen werden ausschließlich aus der Sicht der grünen Filterblase der Journalisten und ÖR-Akademiker betrachtet, die ihr Gehalt jetzt schon vollständig oder teils, oder bald komplett vom Steuerzahler bekommen, und eben nicht von der wertschöpfenden Industrie.

Man fragt sich, ob Stöcker und die Prof.-Kollegen wie Quaschnig, Rahmstorf etc. wirklich nicht wissen, welche wirtschaftlichen und technologischen Folgen die grüne Energiewende für die wertschöpfende Industrie und die Bürger hat, oder ob sie sie nur verdrängen und in solchen Artikeln vertuschen. Man darf davon ausgehen, daß Stöcker gerade als Kommunikations-Prof. mindestens guggeln kann und die technisch-kritischen Quellen genau kennt. Durch die Erwähnung der Studie zur Ökobilanz von E-Autos zeigt er, daß er um die technischen Fallstricke der neuen schönen Elektrowelt weiß. Er ignoriert sie also ganz bewußt und betreibt wider besseres Wissen Tesla&Co-PR. Warum, ist klar – wer einmal die grüne Seite gewählt hat und damit leicht gutes Geld verdient, verteidigt seine Interessen bis zum wirtschaftlichen Schluß. (Und dann haben die PR-Spezialisten in der Regel von nichts gewußt und waren selber nur Getäuschte – die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist randvoll mit solchen Fällen.)

In den letzten 50 Jahren erlebten die westlichen Länder gleich mehrfach, daß [Wissenschaftler aus egoistischem Interesse den Teufel an die Wand malten](#), dadurch enorme volkswirtschaftliche Schäden verursachten, [aber nie zur Verantwortung gezogen wurden und auch noch geehrt](#) und wohlhabend, wenn nicht reich, starben.

Eine rechtsstaatlich und demokratische Gesellschaft der Zukunft muß sich gegen solche Scharlatane wappnen. Was bislang rechtlich nicht möglich ist – da die Wissenschaften, aber auch der Journalismus nicht gerichtsfest/strafbewehrt zur Tatsachenkommunikation verpflichtet werden können. Es ist zugegebenermaßen auch schwierig – die (Natur-)Wissenschaften

sind per se nicht in der Lage, endgültige hundertprozentige Aussagen zu treffen, weil sich die Forschung immer im Fluß befindet. Da kann sich ein Betrüger meist leicht herausreden, da er ja „nur einen Aspekt“ beleuchtet hat und der der zu korrigierende Irrtum immanent sei. Den „Irrtum“, ob er nun tatsächlich ein bewußter Betrug ist oder nicht, kann man strafrechtlich nicht belangen.

Allerdings unterscheiden sich die Pseudo- und Halbwissenschaften von den richtigen genau dadurch, daß sie eben nicht vorsichtig und im Konjunktiv formulieren, sondern meist absolut, im Brustton der einzig wahren Sichtweise. Oder um es mit Rezo zu sagen: „Es gibt nur EINE legitime Einstellung!“

Und genau da könnte man einen Betrüger juristisch festnageln: Würde zum Beispiel ein Professor vor laufender Kamera behaupten, daß wir wegen der Erderwärmung „in den nächsten 20 Jahren kein Eis und keinen Schnee“ mehr erleben würden, und sich dies nach heftigen Eisstürmen 20 Jahre später als völliger Unsinn herausstellen würde, könnte man ihn, ein dafür verabschiedetes Straf-Gesetz vorausgesetzt, anklagen. Wenn er dann vor dem Gericht nicht überzeugend darlegen könnte, mit welchen Meßwerten etc. er seine Horror-Vorhersage damals begründete, müßten die Richter davon ausgehen, daß er bewußt gelogen hat, um an persönliche Vorteile zu kommen.

Für den klimatischen Komplex käme ein solches Gesetz heute natürlich viel zu spät – die Alarmisten sitzen politisch derart fest im Sattel, daß ihnen sogar der schriftliche Nachweis der Manipulation, die beiden *Klimagates*, nichts anhaben konnten. Ein solches Gesetz wäre daher derzeit überhaupt nicht möglich.

Nach einer erneuten „Wende“, wenn die Geschichten der Umverteiler derart teuer geworden sind, daß die Steuerzahler im Gegensatz zu den Geschichtenerzählern darben müssen, und vielleicht ein paar heftigen Stromausfällen mit vielen Opfern, die ein(e) grüne(r) Bundeskanzler(in) nicht mehr erklären kann und abdanken muß, wäre aber eine grundsätzliche Reform des Gemeinwesens zum Schutz der Leistungsträger **und** der Geringverdiener vor privilegierten Umverteilern vielleicht möglich.